Zeitschrift: Mitteilungen des Deutschschweizerischen Sprachvereins

Herausgeber: Deutschschweizerischer Sprachverein

Band: 16 (1932)

Heft: 5-6

Artikel: "Im Westen nichts Neues"

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-419698

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

S

Schweizerische Landesbibliothek, Bern

des

Deutschschweizerischen Sprachvereins

Beilage: "Muttersprache", Zeitschrift des Deutschen Sprachvereins

Die Mitteilungen erscheinen jeden zweiten Monat und kosten jährlich 5 Franken, mit Beilage 7 Franken. Jahlungen sind zu richten an unsere Geschäftskasse in Küsnacht (Zürich) auf Postscheckrechnung VIII 390. Schriftleitung: dr. phil. A. Steiger, Schriftschrer des Deutsch=
schweizerischen Sprachvereins, Küsnacht (Zürich).
Beiträge zum Inhalt sind willkommen.

Versandstelle: Kusnacht (Zurich). Drud: E. fluck & Cie., Bern.

"Im Westen nichts Neues."

Vor zwei Jahren hat sich der "Bund" tapfer gewehrt für die Rechte der deutschen Sprache in den deutschsprachigen Gebieten, die der Kreisdirektion I (Lausanne) unterstellt sind (siehe "Mitteilungen" XIV, 1—8). Die Generaldirektion der Bundesbahnen ließ die Sache untersuchen, stellte verschiedene Mißbräuche fest und versprach öffentlich Abhilfe. Nun konnte man gespannt sein, wie die Lausanner Kreisdirektion das Versprechen der Generaldirektion erfüllen würde. Daß in Personenfragen, in der Besetzung der Stellungen, von einem Tag auf den andern alles anders werden könnte, daß z. B. alle welschen Beamten im Oberwallis, die z. T. des Deutschen nicht genügend kundig waren, plöglich ersetzt werden tönnten, das hatte niemand erwartet; nicht einmal von einem Monat oder von einem Vierteljahr zum andern war das zu erwarten. Über so von einem Jahr zum andern etwa und von diesem andern nochmals zu einem andern — nicht wahr, man follte meinen, da hätte etwas

gehen können in der Sache? Was ist gegangen? Derselbe tapfere "Bund" brachte am 19. März 1932 (Abendausgabe) einen Leitartikel mit der Aufsehen erregenden Ueberschrift: "Eine Ungerechtigkeit" und der kaum weniger Aufsehen erregenden Unterschrift "Prof. W. Burchardt". Man weiß, daß dem hochangesehenen Staatsrechtslehrer und Rechtsberater des Bundesrates an einem friedlichen und gerechten Verhältnis unserer Lanbessprachen sehr viel gelegen ist (f. "Mitteilungen" XV, 5/6, "Warum nicht zweisprachig?) — vielen andern her-vorragenden Eidgenossen ist nur am Frieden, nicht an der Gerechtigkeit gelegen. Dieser Mann erinnert nun die Generaldirektion öffentlich an ihr öffentliches Bersprechen; dann stellt er fest, daß sich in der Besetzung der höhern Stellen der Stationen des Oberwallis mit französisch sprechenden Beamten "seit zwei Jahren nichts geändert" habe. Bon den Beamten des Bahnhofes Brig seien nach wie vor mindestens zwei Drittel französischer und kein Stationsvorstand sei deutscher Zunge. Das Unrecht sei doppelt: einmal den Beamten

1) Es ist uns 3. B. bekannt, daß das bei der Besetzung der Stelle des "Sous=chejs" von Brig geschehen ist.

gegenüber, denen man den natürlichen Aufstieg verschließe¹), und dann der Bevölkerung gegenüber, die da zusehen müsse, wie ihre Landessprache in einer wichtigen

öffentlichen Berwaltung durch eine andere verdrängt

werde. Die daran angeknüpften grundsätlichen Erwä-

gungen wollen wir wörtlich festhalten:

"Es gibt Grundsätze, die heilig gehalten werden müs= sen, nicht weil sie "Borschrift" sind, sondern weil sie in tieferem Sinne zu den Lebensbedingungen des Staates Die Gleichberechtigung der Na= tionalsprachen ist für die ganze Schweiz einer dieser Grundsätze. Es ist nicht gleichgültig, daß er anerkannt bleibe und überall getreulich beobachtet werde. Die Uchtung jedes Bolksstammes vor der Eigenart des andern gehört zu den Lebensbedingungen uneres Staatswesens. Jeder soll darauf bauen können, daß ihm der andere sein angestammtes geistiges Erbe, vor allem seine Sprache, nicht nehme und nicht nehmen wolle, auch wenn er es zufällig könnte; und jeder soll mit Freude dem andern diese Zuversicht geben. Auf diesem gegenseitigen Bertrauen, auf dieser freien Anerkennung beruht das gute Einverständnis der drei Stämme, eine der Grundvoraussetzungen unseres nationalen Staatslebens und unserer internationalen Daseinsberechtigung. Ein Bolksteil soll nie das Gefühl haben, er werde von einem andern in seiner Eigenart bedroht oder mißachtet, er sei minderen Rechtes, man füge ihm etwas zu, was man sich selbst

niemals gefallen ließe." Der Bundesbahnverwaltung, vorab der Kreisdirektion I empfiehlt der Verfasser zum Schluß, die Frage "im Geiste wahrer Objektivität, in wahrhaft schweizerischem Geiste zu prüsen", und da werde sie ihm recht

geben müffen.

Der "Briger Anzeiger" druckte den Aufsat ab und brachte zahlenmäßige Beweise; welsche Zeitungen, der "Confédéré" und der "Nouvelliste" aus dem Unterwallis und die "Gazette de Lausanne" suchten die Sache ins Lächerliche zu ziehen, verkleinerten (heute sollte man sagen: bagatellisierten) und verdrehten sie, z. B. damit, daß die Oberwalliser wegen ihrer geringen Schuldildung sich weniger als Beamte und besser als Arbeiter eignen, und das "Unrecht" geschehe ja auch im welschen Jura, nur umgekehrt. Einige vaterländische Redensarten mußten die Sache verwedeln. Uebrigens, sagt der "Consedéré", sei das Oberwallis aus wirtschaftlichen Gründen bereits zweisprachig geworden und besinde sich wohl dabei, und daneben sollen sie halt Geduld haben.

Auf die Anklage von Prof. Burchardt¹) wird die Generaldirektion antworten müssen. Wir sind gespannt, ob aus der Hauptstadt mehr Neues komme als aus der Westschweiz.

¹⁾ Der, wohlverstanden, unserem Bereine nicht angehört!